

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Selbstabholung von der Druckerei monatlich 20 Pf., wöchentlich 3 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk., durch unsere Zusteller gegen monatlich 30 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk. für den deutschen Postbefehl monatlich 2.40 Mk. ohne Postgebühren. / Die Postgebühren, Postboten sowie unsere Zusteller und Geschäftsbüro nehmen überall Befellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Zensur der Zensoren, der Lektoren oder der Zeildruckereibesitzer — hat der Eigentümer seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung der Bezugsgebühren. / Der Eigentümer hat bei der Lieferung der Zeitung keine Verantwortung, falls die Zeitung verspätet, in vermindertem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelne Exemplare der Nummer 10 Pf. / Abonnenten sind nicht verpflichtet zu kündigen, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Anzeigen aufstellen sind unentgeltlich. / Berliner Vertriebsstelle: Berlin S.W. 44.

Informationspreis: Die für die gestaltete Korrespondenz oder deren Raum, Lokalanpreis. Die Anzeigen, alle mit 10% Leerungsgebühr, Zeitraumbesondere und tabellarischer Sat mit 25% Zuschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechende Abzüge. / Aufnahmen im amtlichen Teil nur von Verhältnissen die öffentliche Morde betreffen. / Die Anzeigen und Ostragenkosten sind 20 Pf. / Telegraphische Anzeigen ausgabe täglich jeden Nachmittag um 2 Uhr. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Telegrammstelle des Anzeiger-Verlegers: Leipzig, Postfach 256. / Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Verträge über 25 Pf. werden ohne Noten. / Die Redaktionen und Anzeigen haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Schlichte; längeres Ziel, verbindliche Eingehung, erzwungene Anzeigen werden. / Anzeigen bedürfen die Berechnung des Druck- und Zeitraumbesondere. / Gewinn nicht über sieben auswärts oder auswärtigen als Erfüllungsort. / Wilsdruff vertriebsort ist, gilt es als vereinbart; durch Annahme der Anzeigen, kann nicht der Empfänger innerhalb 3 Tagen, vom Rechnungsdatum an, Widerruf erheben.

für die königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

für die königliche

Nr. 159.

Donnerstag den 11. Juli 1918.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Lebhafte Gefechts-tätigkeit an der Lys und Somme.

Die Schuld von Salunken.

Man merkt es den Kundgebungen der Moskauer Regierung zur Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach an, daß die Entrüstung, die sie über diese Schandtat an den Tag legen, echt ist. Sie sprechen von den Salunken, die sich zur Ausführung des Verbrechens hergegeben haben, von Verrat an der Sache der Sowjets augenblicklich von Leuten, die Rußland in einen Krieg zu verwickeln trachten, und von der beabsichtigten Wiederherstellung einer Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Rußland befindet sich augenblicklich auf dem Wege zu einem neuen — durch die Schuld von Salunken aus den Reihen der Sozialrevolutionäre, die nunmehr in einen offenen Aufstand gegen die Regierung eingetreten sind. Ein Wahnsinn sei es, Rußland jetzt in einen Krieg zu verwickeln, und es bestehe auch nicht der leiseste Zweifel, daß der Aufstand schnellstens unterdrückt werden würde. Alle Anhänger Lenins werden zu den Waffen gerufen in Verbindung mit der abermaligen Mobilmachung zweier Jahrgänge, soweit deren Angehörige in Moskau wohnhaft sind, und — einer erheblichen Steigerung der Löhne für die Soldaten der Roten Armee; die „erauste Arbeit“, die ihnen in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und der äußeren Front verurteilt worden ist, rechtfertige diese Maßnahme. Der Bürgerkrieg ist also jedenfalls wieder erneut im Gange in Rußland; was dann noch folgt, kann heute niemand wissen.

Die Bolschewiken haben wohl alle Veranlassung, über den Wahnsinn zu jammern, der sich jetzt gegen sie erhebt, aber wenn sie geredet sein könnten — im Augenblick darf man ihnen eine solche Zumutung natürlich nicht stellen — würden sie zugeben, daß in diesem Wahnsinn wirklich Methode liegt: er ist nur die Fortsetzung des Kampfes, den Lenin und seine Genossen zur Macht gebracht hat, und wird mit denselben Mitteln geführt, deren sie sich bedienten, als es galt, Kerenski und die durch ihn vertretenen Schichten der Bevölkerung von der Regierung zu verdrängen. Seldem ist die nackte Gewalt in Rußland auf den Thron gestiegen. Man hat die vorher noch rechtmäßig gewählte konstituierende Versammlung auseinandergeraten, weil voraussehen war, daß sie nicht unbedingt zu allen Ja und Amen sagen würde, was von ihr verlangt werden würde, und man ist mehr und mehr dazu übergegangen, die Macht ausschließlich in die eigene Hand zu nehmen, alle anders gefürchten, ja auch nur alle zweifelhaften Elemente aus Ämtern und Stellungen jeder Art zu entfernen und so eine Klassenherrschaft im wahren Sinne des Wortes zu begründen, wie sie bis dahin nur in den kühnen Spekulationen völlig hoffnungslos revolutionärer Köpfe ihr blutträugiges Weien trieb. Indessen — es ging, zu allgemeiner Überraschung besser sogar, als die Bolschewiken selber es zu hoffen gewagt hatten. Was ihnen zugute kam, war die fürchterliche Erschöpfung des Landes durch den Krieg und die Selbstzerfleischung der Gesellschaft, an der auch Herr Kerenski schon fleißig und erfolgreich gearbeitet hatte. Wer in diesem entsetzlichen Chaos den Mut fand, das Steuerrohr zu ergreifen, der hatte wirklich keinen Nebenbuhler zu fürchten. Langsam zwar, aber doch merklich begann die Staatsmacherei wieder in Gang zu kommen, ab und zu durch heftige Stöße unterbrochen, aber ohne deswegen abermals völlig ins Stocken zu geraten. Die neue Ernte steht vor der Tür, und damit konnte wohl die schwerste Sorge der Moskauer Regierung bis auf weiteres als beseligt gelten.

Andessen, die Rechnung war ohne die Entente gemacht. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht dazu führen, daß sie sich vom Kriege abwenden — so ist es durchaus nicht gemeint. Wo wurden, wie man in Griechenland die famosen Venizelisten gegen die nahezu das gesamte Volk umfassende Partei des Königs Konstantin mobil gemacht hat, hier in Rußland die Sozialrevolutionäre aufgeführt, um sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen, den Frieden von Brest-Litowsk den Mittelmächten aufzuzündigen und danach von neuem die Waffen gegen uns zu erheben. Lenin kann wohl in berechtigter Erwartung von Bolschewiken und Verrat sprechen, aber England ist noch niemals vor den schimpflichsten Mitteln zurückgeschreckt, wenn es damit seinen Interessen den Weg bereiten konnte, und nur darauf kann es jetzt ankommen, wer die Macht hat, die brutale Macht, in diesem rachsüchtigen Spiel mit dem Feuer seinen Willen durchzusetzen. Das war immer so in der vieltausendjährigen Geschichte der Menschheit und wird immer so sein, auch wenn Herr Wilson noch einmal seinen idealen Völkerbund erleben sollte. Bis jetzt sind die Straßenkämpfe in Moskau augenblicklich der Bolschewiken ausgeliefert, aber wir befinden uns erst im Anfangsstadium dieses neuen — der wievielten schon? — russischen Revolution. Es wäre verfehlt, den Tag vor dem Abend loben zu wollen.

Lenin spricht in seinem Aufruf auch von den Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus. Er weiß also ganz gut, wo letzten Endes die eigentlichen Salunken sitzen, denen die Ermordung des deutschen Gesandten aufs Konto zu laufen ist. Hoffentlich wird es ihm vergönnt sein, die selbsterklärenden Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

Sieg der Bolschewiken.

Saag, 8. Juli.

Eine russische drahtlose Meldung besagt, daß die gegen revolutionäre Erhebung der Sozialrevolutionäre der Linken in Moskau unterdrückt ist.

Nach Meldungen aus Helsingfors hatten die Entente-Földlinge, die Sozialrevolutionäre und Bolschewiken, bereits für den 2. Juli den Umsturz angelegt. Nach einem vorbereiteten Plan sollten in den verschiedenen Stadtvierteln gleichzeitig die Anhänger der alten bürgerlichen Ordnung die Macht an sich reißen. Der Tag verlief jedoch ruhig.

Die Moskauer Ereignisse.

Die Kämpfe mit den Truppen der Bolschewiken waren besonders heftig in der Nacht vom 8. zum 7., englische Agitatoren nahmen am Kampfe teil. Die Sowjettruppen haben, dank ihrem sofortigen scharfen Zufahren, die Ordnung rasch wieder hergestellt. Am 7. abends hörte das Artilleriefeuer auf. Nur kleine Trupps der Aufständischen lagen in Gewehrfeuer mit den Bolschewiken. Der Aufstand war mißlungen.

Verhaftung der Anführer.

Nach der Ermordung des deutschen Gesandten waren die Mörder in das Gebäude, in welchem der in Moskau tagende Kongress der linken Sozialrevolutionäre untergebracht ist, gelockt. Von hier aus leiteten die Sozialrevolutionäre den Aufstand. Nachdem die Bolschewiken wieder Herr in Moskau geworden waren, wurde das Kongresshaus von Bolschewiken umzingelt und belagert. Die Führer der Sozialrevolutionäre wurden aus dem Kongress heraus verhaftet. Ob die Mörder auch schon gefaßt sind, ist nicht bekannt. In Petersburg scheint alles ruhig geblieben zu sein. Dort sind lediglich durch die Bolschewiken unzuverlässige Mannschaften der auf der Newa liegenden Torpedoboote verhaftet worden.

Italien fürchtet eine neue Offensive.

Die Schweizer Blätter berichten, erzählen Überläufer aus Italien, daß dort wieder mit einer neuen österreichischen Offensive gerechnet wird. Die Pläne geht mehr und mehr in ihr Bett zurück, doch nimmt man nicht an, daß der neue österreichische Vorstoß hier, sondern an einer anderen Stelle erfolgen werde. Die Nervosität in Italien wird durch dergleichen Gerüchte, die überall Glauben finden, wieder gesteigert. Sie läßt sich auch durch die phantastischen Befangensengenen nicht weiskern, die der italienische Ozeersbericht ausführt. Der 231.ite Befangene ist ein Dutzendgepink. Nach einer amtlichen Wiener Erklärung sind seit Beginn der Schlacht in Venedig 15.000 Mann gefangen genommen worden. Demgegenüber beläuft sich die Zahl der in die Hände der österreichisch-ungarischen Truppen gefallenen Italiener bekanntlich auf weit über 50.000.

Rühlmanns Rücktritt genehmigt.

Admiral v. Dintze Nachfolger.

Berlin, 9. Juli.

Eine Sonderdepeche des W. T. B. meldet: Die im vertraulich verhandelt, hat der Kaiser das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Rühlmann angenommen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Gesandte in Christiania, Admiral von Dintze, genannt, eine endgültige Entscheidung ist jedoch noch nicht getroffen.

Die Rühlmann-Krise, die ihren Höhepunkt durch die Angriffe gegen den Staatssekretär infolge seiner Reichstagsrede über die Ostragen erreichte, war kaum anders zu lösen, als durch den Rücktritt Rühlmanns, den man allgemein nur als eine Frage der Zeit ansah. Einer späteren Geschichtsschreibung wird es vorbehalten sein, die tieferen Gründe aufzudecken, die letzten Endes den Sturz von Rühlmann herbeigeführt haben. Als in dem Rühlmann-Prozess die Vertagung ausgesprochen wurde, waren Eingeweihte sicher, daß der Staatssekretär das Ende des Prozesses nicht mehr im Amte abwarten werde.

Der neue Staatssekretär des Außern.

Paul v. Dintze ist am 13. Februar 1864 als Sohn eines bürgerlichen Kaufmanns in Schwedt a. D. geboren.

Er ist nicht aus der diplomatischen Karriere, sondern aus der Marine hervorgegangen. Der Gesandte in Sibirien gilt von seiner Tätigkeit in Petersburg her als ein besonders guter Kenner der russischen Verhältnisse. Es geht ihm der Ruf eines umsichtigen, vor allen Dingen außergewöhnlich energischen Diplomaten voraus. Wie verheiratet, hat im Hauptquartier eine längere vertrauliche Besprechung zwischen dem Reichsanwalt und dem künftigen Staatssekretär stattgefunden, bei der sich die völlige Übereinstimmung über die Fortführung der bisherigen Politik zwischen den beiden Staatsmännern ergab. Von amtlichen Kreisen nebenstehender Seite wird endlich noch Wert auf die Feststellung gelegt, daß Herr v. Dintze parteipolitisch in keiner Weise feigelegt sei und daß alle in dieser Beziehung verbreiteten Gerüchte falsch seien. Wenn also hier und da behauptet wird, der Wechsel im auswärtigen Amt werde auch ein Kurswechsel hinsichtlich der Ostragen nach sich ziehen, so ist diese Meldung unzutreffend.

Im Zusammenhang mit der politischen Lage ist es bemerkenswert, daß erst vor einigen Tagen eine neue Einigung zwischen Regierung und Mehrheitsparteien zu Stande gekommen sein soll. Die Rede Scheidemanns am Mittwoch letzter Woche hatte, wie verlautet, weitere Kreise gezogen, als zuerst angenommen wurde, und Herr von Bayer hatte bei einem Übergang der Sozialdemokratie in die Opposition seinen Rücktritt angekündigt. Durch Vermittlung des Zentrums wurden die Gegensätze wieder überbrückt und Herr v. Bayer gab daraufhin die Rücktrittsabichten wieder auf.



Staatssekretär v. Dintze.

Rühlmanns Rücktritt und die Parteien.

Berlin, 9. Juli abends.

Auf die Nachricht vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Rühlmann wurde die heutige Volltagung des Reichstags um 1/2 Uhr unterbrochen. Die Unterbrechung dauerte zwei Stunden. In der Pause fanden interfraktionelle Beratungen der Mehrheitsparteien statt, an denen die Nationalliberalen nicht teilnahmen. In parlamentarischen Kreisen hat Herr v. Rühlmanns Rücktritt durchaus überraschend gewirkt, da nach gestern abend der Bisanzler v. Bayer versichern zu können glaubte, daß das Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs abgelehnt werden würde. Die Sozialdemokraten erklärten, daß durch den Rücktritt eine neue Lage geschaffen sei, und daß sie deshalb die Kriegskredite nicht ohne weiteres bewilligen könnten. Einen endgültigen Beschluss hierüber werden sie erst heute Abend fassen.

Was die Haltung der Parteien betrifft, so verhalten sich die Nationalliberalen abwartend; sie wollen zunächst feststellen, wie Herr v. Dintze, der zum Nachfolger des Herrn v. Rühlmann ausersehen ist, sich zur Friedensfrage stellen wird. Die Polen werden die Kreditvorlage ablehnen oder sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Unter den Fortschrittlichen sind die Ansichten geteilt: während die einen den Staatshaushalt verabschieden wollen, möchten die anderen abwarten, welches Programm Herr von Dintze entwickeln wird. Man rechnet damit, daß letzterer im Hauptauschuss erklären wird, daß er keineswegs einseitig orientiert sei. Ob nach all den gedachten Umständen die in Aussicht genommene Vertagung des Reichstags schon Donnerstag wird stattfinden können, ist einweisen noch fraglich.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 9. Juli. Wie von ausländischer Stelle versichert wird, embehrt das Gerücht, das wehrpflichtige Alter solle auf 50 Jahre erhöht werden, jeder Begründung.

Brauchen wir eine Börse?

Von einem bekannten Finanzschriftsteller wird uns zur Frage der Erhöhung des Aktienstempels geschrieben:

Der Antrag Groeber zur Erhöhung des Aktienstempels hat eine Protestbewegung hervorgerufen, wie sie Deutschland

zur selben erlebt hat. In Berlin wurde eine „große Kundgebung“ veranstaltet, aus allen Börsenorten des Reiches kamen Protestdemonstrationen, die Bankverbände, die Bankangestelltenorganisationen, eine Reihe von Börsenblättern und viele Privatpersonen schlossen sich der Bewegung an. Alle Protestler schilderten die Wirkungen des erhöhten Aktienumsatzsteuereinkommens in schwarz. Dagegen wurde der Börse die Aufgabe der Wirtschaftsregulierung, der Industrieförderung, zugesprochen, es wurde direkt und indirekt der Bankenteilnahme an der Kriegsanleiheunterbreitung gedacht sowie der währungsstützenden Tätigkeit anderer Privatfinanzinstitute.

Leute, die mit nüchternen Augen die Dinge sehen, schütteln den Kopf. Sie gedenken der furchterlichen Börsenüberhitzung, die man nicht mehr als kriegsnormal bezeichnen kann, sie gedenken der Verlockung und schlechten Beratung des Publikums, der gefährlichen Latenspekulation, des Angestelltenstempels, der riesigen Kursgewinne, die die Verwaltungsmittelglieder gemacht haben. Sie verstehen diesen Born nicht in einer Zeit, die der Börse und ihrem großen Anhang Riesengewinne gebracht hat, während Hunderttausende unter dem Druck des Krieges schwer faulen, während an der Front Millionen Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen. Kein Verul, keine Wirtschaftsgruppe hat sich derart heftig gegen eine Steuerbelastung gewehrt wie die Börsenleute und ihre Genossen. Andere Gruppen hätten berechtigter von Vernichtungsgefahren sprechen können. Denn bei genauerem Hinsehen ergibt sich, daß die gewiß scharfe Erhöhung des Aktienumsatzsteuereinkommens das Dasein der Börse gar nicht gefährdet. Eine Steuererhöhung hat fast niemals ein Geschäft brachgelegt, wenn der Geschäftsdrang stark war. Der Kapitalismus an die Börse ist heute so kräftig, daß die Spekulation die Steuererhöhung tragen wird. Es ist sogar möglich, daß das Fieber noch höher wird und die Börse hat auch keineswegs mit einer heftigen Abkühlung auf den Antrag Gröber geantwortet. Sie blieb, von vorübergehenden Schwankungen abgesehen, nach wie vor „fest“.

Wenn von einer Ablagerung der kleinen und mittleren Banken und Bankgeschäfte gesprochen wird, so ist sicher die volle börsenfeindliche Gleichstellung der großen und kleinen Banken zu wünschen. Die Konzentration der Großbanken darf nicht mit Geseßeshilfe gefördert werden. Die Geseßgebung muß im Gegenteil die kleinen und mittleren Banken schützen. Denn sie sind die Träger des Personalcredits, den wir in der Übergangs- und Friedenszeit besonders dringend brauchen. Aber das kleine Bankgeschäft würde mit einer Spekulationsmilderung nicht verschwinden. Es hat andere Geschäftsmöglichkeiten und es hat nimmere die Gelegenheiten, energisch den Zusammenschluß anzukurbeln, der bisher fehlte. Hätte das kleine Bankgeschäft organisierte Einigkeit, so könnte es sich seinen eigentlichen bedeutungsvollen Kreditaufgaben widmen. Jedoch ist nicht anzunehmen, daß die kleinen und mittleren Banken und Bankfirmen die Effektenvermittlung werden entbehren müssen, wenn sie nur mit den Großbanken steuerrechtlich gleichgestellt werden.

Bestehen somit keine Lebensgefahren für die Börsenspekulation, so erhebt sich die grundsätzliche Frage, ob wir denn überhaupt eine Börse brauchen. Gewiß hat die Börse die Entstehung und den Ausbau der Industrie wesentlich befördert, aber es ist noch keineswegs bewiesen, daß das industrielle Deutschland ohne die Börse nicht möglich gewesen wäre. Es gibt auch andere Formen der Kapitalvermittlung als den börsenmäßig organisierten Effektenhandel. In neuerer Zeit haben die großen Banken diesen Handel immer mehr ausgeschaltet, sie haben die Geschäfte mehr und mehr durch und in sich selbst gemacht. Die Börse war ihnen nur noch ein Instrument, das Nebenbedienste zu leisten hatte. Sie bedienten sich ihrer als eines Regulators nach außen, als einer sichtbaren Zentrale, die ihre Innengeschäfte unterstützte. Die Großbankenvormehrung hat die Börsenbedeutung wesentlich vermindert. Wie die Dinge noch augenblicklich liegen, ist la die Börse nicht zu entbehren. Denn von heute auf morgen läßt sich eine organisch gewordene und tiefverwurzelte Wirtschaftseinrichtung nicht beseitigen. Aber ein späterer börsenloser Zustand unter entsprechender gesetzlich garantierter Effektenkontrolle ist sehr wohl denkbar. Bis dahin muß dafür gesorgt werden, daß die Börsenspekulation nicht ausarten kann. Denn kein Mensch kann brechen, daß in dem Vorenspiel viel Unproduktivität steckt, Zufälligkeiten, die keine Arbeitsergebnisse sind. Die Börse ist häufig ein Ort für besonders peinliche Unoliditäten gewesen, eine Stätte der Leidenschaftskültung, der Vermögenskatastrophen und des bequem erworbenen Reichtums. Dieren Mangel an Wirtschaftsethik hat sie besonders im Kriege gezeigt, also in einer Zeit, die gerade an das wirtschaftsethische Bewußtsein der Menschen die höchsten Anforderungen stellt.

Rote Rollen.

Roman von G. Courths-Mahler.
Jostas Tagebuch.

26]

Erst seit du mir näher getreten bist und mich mit u viel zarter Fürsorge umgeben hast, hat das Leben wieder angefangen, mir einiges Interesse abzugewinnen. Du bist mir ein so lieber, treuer Freund geworden und teilst meine geistigen Interessen. Roccus hatte ja nur Sinn für Pferde, Sport und — viel leicht noch für schöne Frauen. Er war im Grunde doch ein oberflächlicher Mensch.“

Es berührte Rainer unangenehm, daß sie in der fer Weise von ihrem toten Gatten sprach. Zum ersten Male mißfiel ihm etwas an ihr, wenn er sich auch bemühte, ihr gerecht zu werden und ihren Unwillen auf ihre unglückliche Ehe zu schieben.

Graf Roccus war allerdings in geistiger Beziehung kein Eittemensch gewesen; aber er war gut, lug und warmherzig, keinesfalls oberflächlich gewesen. Zun ersten Male sprach Gräfin Gerlinde zu ihm in so tadeln der, beinahe verächtlicher Weise von ihrem verstorbenen Gatten, und da er mit Graf Roccus in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis gestanden hatte, berührt ihn das unangenehm. Aber er nahm die Gräfin das gleich wieder vor sich selbst in Schutz und sagt sich, daß sich in ihrer Seele wohl mancherlei Bitterkeiten angesammelt haben mochten, die sich nun Luft machen wollten.

Ueber diesen Erwägungen überfah er ganz, daß sie ihm durch ihre Worte starke Reizungen machte. Aus war er viel zu unbefangen und dachte nicht im Traum daran, daß die Gräfin ein besonderes Interesse für ihn haben könnte.

„Ich habe allerdings Roccus nie für einen oberflächlichen Menschen gehalten, Gerlinde. Vielleicht bist du ein wenig verblüfft. Du mußt zu vergessen suchen. Was was an mir liegt, will ich gern tun, um dir dabei zu helfen.“

rungen stellen sollte. Man kann nicht sagen, daß die Börse diesen Anforderungen immer gerecht geworden ist. Deshalb ist der Veruch, die Gefährdung der Kriegswirtschaftsethik durch die Börse steuerlich zu bekämpfen, ganz und gar nicht zu verurteilen.

Glaubt man die Börse in der Friedenszeit nicht enthalten zu können, so muß dafür gesorgt werden, daß die dann geltenden Geschäftsbräuche und Geseßbestimmungen eine Erschütterung der deutschen Wirtschaft durch einen plötzlichen Rückschlag ausschließen.

Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.)

CB. Berlin, 9. Juli.

Wie an allen großen Tagen ist das Haus gut besetzt. Und wenn man auch wußte, daß der Ausschuh den meisten Steuererhöhungen mit großer Mehrheit zugestimmt hat, so war man doch gespannt, wie die einzelnen Parteien vor der Öffentlichkeit ihre Stellungnahme begründen würden. Im Hause und auf den Tribünen, wo kurz nach Beginn der Sitzung der Eintritt des Staatssekretärs v. Kühlmann bekannt wurde, entspannen sich lebhafte Auseinandersetzungen, die erst ein Ende nahmen, als mit der Biersteuer das Hauptthema der Tagesordnung, die neuen Steuererhöhungen, zur Erörterung gelangte.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratsstische: v. Paner, Graf Koedern, Ballraf, v. Stein.

zunächst kommen eine Anzahl kleiner Anfragen zur Verhandlung, darunter die Verbote der Mietssteigerungen durch die Generalkommandanten, sowie die Erhöhung der täglichen Verpflegungsgelder für Urlauber, die jetzt 2 Mark erhalten. Eine Entscheidung darüber ist in nächster Zeit zu erwarten. Abg. Stubmann (natl.) bezieht die Thronfrage in Mecklenburg-Strelitz, deren Regelung er dem Reichstagspräsidenten entsprechend fordert. Unterrichtssekretär Lewald weist darauf hin, daß Herzog Karl Michael in Ausland als General gegen Deutschland getauft habe. Auf eine weitere Anfrage wird mitgeteilt, daß Buchenausgaben ins Feld überall eingehalten worden seien.

Die neuen Kriegskredite.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Lesung der neuen Kriegskredite, die sich auf 15 Milliarden belaufen.

Abg. Geert (Soz.): Ich beantrage, die Vorlage an den Saunntauschuh zu verweisen.

Abg. Graf Westarp (Natl.): Wir können dem Antrage nicht zustimmen, wir halten die Sache für gefliert.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): An und für sich liegt kein Anlah vor, über die Kriegskredite erst noch im Ausschuh zu forehen. Aber wenn eine große Partei Ausschuhberatung wünscht, so war es immer Brauch, dieser Anregung nachzugeben.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vp.): Ich schließe mich dem vollständig an.

Die Kriegskreditvorlage wird darauf dem Hauptauschuh überwiesen.

Steuererhöhungen.

Die zweite Lesung der Steuererhöhungen beginnt mit der Biersteuer. Der Ausschuh, über dessen Verhandlungen Abg. Stehr (Vp.) berichtet, hat an der Vorlage eine Reihe von Änderungen vorgenommen. So ist die Stafelung der Besteuerung in einigen Punkten geändert und die Befreiung in das Geseß aufgenommen worden, was als Einfachbier, als Rollbier und als Starkbier anzusehen ist. Die Vermischung von Einfachbier, Rollbier und Starkbier miteinander sowie der Zusatz von Zucker zum Bier durch Brauer, Vierhändler oder Wirte wird unterbietet. Das Geseß über den Bierzoll ist unverändert angenommen worden.

Abg. Käppler (Soz.): Das Bier ist das einzige Genußmittel für die breiten Massen. Wird es verteuert, so wird an der Wohnung und an der Nahrung gespart werden. Ein wirtschaftlicher Niedergang des Volkes ist die Folge.

Abg. Bubert (U. Soz.) spricht gleichfalls gegen die Steuer und verlangt weitergehende Berücksichtigung der Volkswirtschaftsinteressen.

Abg. Stehr (Vp.): Im Frieden hätten wir gegen die 10jährige Kontingentierung die größten Bedenken. Aber jetzt bleibt kein anderer Weg übrig, um den kleinen Brauereien ihren Abkub zu erhalten und den Übergang in den Frieden zu ermöglichen.

Reichsausschuhsekretär Graf Koedern wiederholt seine im Ausschuh abgegebene Erklärung, daß die verbündeten Regierungen in den Steuererhöhungen ein einheitliches Ganzes erbildeten und auf Verabschiedung der Getränkesteuern im Rahmen der Regierungsvorlagen bestehen müssen.

Abg. Herzog (Dtsch. Frakt.) bekämpft die Ausnahmebestimmung für die Genossenschaftsbrauereien der Ostvierte.

In der Abstimung wird diese vom Ausschuh in das Geseß neu eingefügte Ausnahmevorschrift gestrichen.

Abg. Fuchs (Soz.) beantragt, daß mit Inkrafttreten der neuen Biersteuer die Bierbesteuerung in den Gemeinden in Fortfall kommen solle.

Abg. Kiel (Vp.) und Bubert (U. Soz.) schließen sich an. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Kiel abgelehnt. Das Geseß über den Bierzoll bleibt unverändert.

Sie deutete diese Worte ganz falsch und so, wie sie es sich wünschte. Mit einem ausleuchtenden Blick reichte sie ihm die Hand.

„Ich danke dir, Rainer, deine Hilfe nehme ich dankbar an.“

Er blieb harmlos und unbefangen und sagte herzlich:

„Und noch jemand soll dir dabei helfen, Gerlinde.“

Sie sah ihn überrascht und fragend an.

„Was meinst du damit?“

„Mit freudigem Gesicht richtete er sich straff empor.“

„Das sollst du jetzt hören, Gerlinde. Ich sage dir vorhin, es sollte mir ein freundliches Omen sein, daß du bei meiner Heimkehr ein festlich weiches Gewand anlegst, und die Trauer aus Schloß Rumberg verbannt hast. Denn Schloß Rumberg soll wieder eine Herrin bekommen.“

Gerlindes Herz schlug bis zum Hals hinauf. Sollte sie die Erfüllung ihrer Wünsche schon so nahe sein? Sie glaubte, seine Worte mühen sich auf sie besetzen.

„Eine Herrin!“ flammelte sie verwirrt.

„Ja, Gerlinde,“ sagte er, ihre Hand mit warmem Druck fassend, sodas sie schon innerlich aufsaugte, „ich habe mich verlobt.“

Wäre der Blick vor Gerlinde niedergesunken, sie hätte nicht erschrockener sein können, als bei diesen Worten. Wie gelähmt sah sie da, mit festem schalem, blassen Gesicht, und ihre Augen starrten ihn glanzlos, wie erstorben an.

So sah sie ihm eine Welle reglos und schweigend gegenüber. Ihr Wesen fiel ihm nicht weiter auf, zunächst hielt er es für einen Ausfluß großer Uebererfassung.

Endlich kam wieder Leben in ihre Gestalt. Sie riß ihre Hand aus der seinen und fuhr mit einem Rud steif empor.

„Nein — nein, das ist nicht wahr!“ rief sie hervor, und ihre Lippen waren hin leer wie ihr Gesicht. Graf Rainer wurde nun doch etwas ungemächlich gemute.

Nach der Baute wird die Steuererhöhung in der Ausschuhfassung unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung der Weinsteuer, gegen die u. a. der Abg. Daegen (Frischer) grundsätzliche Bedenken vorbringt.

Die Debatte endet mit der Annahme der Vorlage in der Fassung, die ihr in der zweiten Lesung der Ausschuhberatung gegeben worden ist. (Steuerfuß von 20 % mit begünstigten Verpflichtung für die Regierung, nach dem Kriege die Steuer auf etwaigen Beschluß des Reichstages bis 1916 herabzusetzen. Der Doustrank bleibt steuerfrei. Der Weinzoll wird wesentlich erhöht.)

Auch die Schaumweinsteuer wird ohne jede Debatte unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung über die Steuer auf Mineralwässer, künstliche Getränke (Limonaden usw.).

Nach längerer Debatte verlegt sich das Haus auf morgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Durch den Beschluß im Staatssekretariat des Äußern ist die Anwesenheit des Kanzlers im Hauptquartier verlängert worden. Der Kanzler wollte bereits am 6. d. Mtz. wieder in Berlin sein und es war vorgeesehen, daß er Mitte dieser Woche nach Wien reisen sollte. Diese Pläne sind nunmehr verschoben worden. Es heißt, daß der Kanzler noch bis Ende der Woche im Hauptquartier weilen wird.

+ Über eine angebliche Friedensvermittlung des Papstes schreibt der wohlunterrichtete Vauer Kurier, diese Nachricht sei unbegründet. Es sei hinreichend bekannt, daß infolge gemeinsamen Beschlusses die Verbandsmächte die Friedensnote des Papstes unbeantwortet ließen. Wer sich in die Lage des Papstes hineinsetzte, der werde ohne weiteres einsehen müssen, daß, solange die Note des Papstes vom 1. August 1917 seitens der einen der kriegführenden Mächtegruppen keine Beantwortung erfährt, jeder weitere Schritt des Papstes nach jener Seite hin vollkommen ausgeschlossen ist.

Großbritannien.

+ Daß gerade die Amerikaner Irland verrieten, steht fest. Die Sinnfeiner und die ihnen verwandten Organisationen hatten alle Vorkerkungen getroffen, um Mitte Juli einen großen allgemeinen Aufstand zu beginnen. Am gegebenen Augenblick sollten in Irland alle Betriebe und Häfen schließen, so daß die Unmöglichkeit innerhalb eines Tages eine vollendete Tatsache sein mußte. Sowohl die Nationalistenpartei, wie deren Führer arbeiteten der Bewegung nicht entgegen. Die Engländer haben außer allischen auch amerikanische Truppen nach England geschickt. Mit diesen Amerikanern, unter denen sich sogar angeblich Ire aus Amerika befinden sollten, schlossen die irischen Geheimkomitees ein Bündnis. Die Amerikaner gerietern, wie die B. Hg. meldet, den Engländern die ganze Geschichte. Die Ire waren den Engländern und Amerikanern in die Falle gegangen.

Rußland.

+ Dem 5. allrussischen Kongreß der Arbeiter, Bauern und Soldatenabgeordneten ist der Entwurf einer Verfassung der russischen Republik zur Genehmigung vorgelegt worden. In einer Erklärung der Rechte und Pflichten der arbeitenden Menschheit wird die „Diktatur des Proletariats“, die Abschaffung alles Eigentums und aller Lohnarbeit erklärt und der Bestand der arbeitenden Klasse“ ausgemalt. Das Proletariat soll bewaffnet sein, alle anderen dagegen entwaffnet werden, Jeder Arbeiter und jeder Bauer, der keine Anechte hält, hat vom 18. Lebensjahre an das Recht, zu den Sowjets zu wählen, alle anderen sind rechtlos, wie Kauf- und Dandelsleute und Geistliche um. Rußland ist nach der Verfassung eine „freie“ sozialistische Republik, die auf der „Macht herrschaft des Proletariats“ und der Unterdrückung des Bürgerturns aufgebaut sei. Klassen oder „eine staatliche Gewalt“ seien in dieser Republik nicht möglich.

Nordamerika.

+ Die „Times“ melden aus Washington interessante Angaben über die Rezer im amerikanischen Heer. Danach befinden sich im amerikanischen Heer schon jetzt rund 190 000 Rezer, also rund 20%. Von diesen Rezer sind 850 Mann Offiziere mit Patent, 225 Mann werden als Kräte und Zahnärzte, 24 Mann als Geistliche verwendet. Die Tatsache, daß ein so großer Teil des Heeres aus Rezern besteht, läßt keinen günstigen Schluß auf die Herkunft der übrigen amerikanischen Soldaten zu, da der Amerikaner, der noch etwas Rassen- und Standesbewußtsein besitzt, sich bekanntlich ganz entschieden gegen jegliche Verührung mit Rezern wehrt.

„Ich sehe, du bist ganz fassungstos vor Uebererfassung. Ich glaube wohl, daß du sehr erfreut bist. Wenn ich ein alter Hagestolz endlich auf soirepflichten bestimme, wundere sich die Menschen in der Regel.“

Gräfin Gerlinde hatte sich noch immer nicht über Gewalt. Aus ihren Augen schob ein ganz dunkelster Blick in die seinen.

„Das darf nicht sein — das ist doch unmöglich,“ rang es sich über ihre Lippen.

Sie sträubte sich, an die Wahrheit seiner Worte zu glauben, weil sie meinte, eine solche Wahrheit nicht ertragen zu können.

Nun ersah der Graf doch. Seine Unbefangenheit wollte nicht mehr Standhalten. Aber die wirkliche Ursache ihres Erschreckens blieb ihm fremd. Er glaubte nur, sie sei so fassungstos, weil sie nun vor die Notwendigkeit gestellt wurde, in das Witwenhaus überzusiedeln zu müssen. Daß sie das nicht gern tat, wußte er. Sie hatte ihm oft genug gesagt, wie sehr sie sich davor fürchtete.

Es wird mir fein, als ob die Mauern mich ersticken wollten. Ich bin kleine Räume nicht gewohnt.“ hatte sie ihm einmal gesagt. Und zum Trost hatte er ihr damals geantwortet:

„Du wirst Zeit haben, dich an den Gedanken zu gewöhnen, denn vorläufig denke ich noch nicht daran, mich zu vermählen, und bevor ich es nicht tue, brauchst du nicht ins Witwenhaus überzusiedeln.“

Wahrscheinlich erregte sie nun der Gedanke, daß es nun bald sein müsse, so sehr. Jetzt fiel auch kein Blick auf die Perlenkette um ihren Hals. Es kannte sie als zum Rumberger Komitenschild geöhig, und ein unangenehmes Gefühl krieg in ihm auf.

Ich nehme ihr viel durch meine Vermählung das macht sie so bestürzt. Daran habe ich gar nicht gedacht, daß ich ihr dadurch mancherlei Opfer auflegen muß, dachte er. Und fast beschlich ihn ein Gefühl des Unrechts ihr gegenüber, und sie tat ihm leid.

(Fortsetzung folgt.)

großes Hauptquartier, 10. Juli. (Wib. Amt) Eingegangen nachmittags 1/3 Uhr.

Lichter Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Im Kampfgebiet an der Lys und Somme lebte die Tätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Größvorköße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Der Franzose setzte seine Teilangriffe fort. Südwestlich von Monon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit

Karlen Kräften vor und setzte sich in dem Gehölz Fortes des Logges, westlich von Authueil, sowie in den alten französischen Gräben nördlich von Longoon fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichen erfolgreichen Vordrängen westlich von Chateau-Thierry machten wir Gefangene. Keine Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Lorigaten Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Spanien.

Der Senat und die spanischen Cortes hatten ein Verbot gegen die Espionage angenommen, das von der neutralen Mehrheit der Spanier gutgeheißen wurde. Die Freunde der Entente haben dagegen den einen Entitätskern in Szene gesetzt. So weigern sich die Reformisten, Republikaner und Sozialisten in einem Protest, wegen des „unkonstitutionellen“ Vorgehens der Regierung in das Parlament zurückzuführen, denn das Espionagespionage schädige die Völker, — die ausgerechnet für Zivilisation und Gerechtigkeit kämpfen.“ Gegenüber den Wählern der Entente scheint die Regierung jedoch mit starker Hand vorgehen zu wollen. So veröffentlichte sie ein Gesetz, welches ihr die unumgänglichen öffentlichen Maßnahmen zur Gewährleistung des spanischen Neutralität überträgt.

Neueste Meldungen.

Das Schicksal des Kühlmannprozesses.

Berlin, 9. Juli. Infolge des Rücktritts des Staatssekretärs von Kühlmann dürfte der Kühlmann-Prozess vor sich selbst keine Erledigung finden. Die angelegten Redaktionen werden voraussichtlich erklären, daß sie nur den Staatsmann, nicht aber den Privatmann Kühlmann treffen wollen und alles, was als Beleidigung gelten könne, nunmehr zurücknehmen.

Die Leiche des Herrn v. Mirbach.

Berlin, 9. Juli. Die Leiche des ermordeten deutschen Gesandten Grafen Mirbach wird von Moskau nach Deutschland gebracht und im Stammschloß der Grafen v. Mirbach in der Rheinprovinz beigesetzt werden.

Das Moskauer Attentat — verurteilt?

Genf, 8. Juli. In Paris verlautet, daß das Attentat gegen den Grafen Mirbach verurteilt worden sei. Das heißt, bevor die Wahrheit der Antisemitischen Mordanschläge vorliegt, wird man die Verbrechen als Verbrechen an der Menschheit betrachten und nicht als Verbrechen an der Nation.

Die Amerikaner wollen über den Rhein.

Amsterdam, 9. Juli. Bei der Einführung des Berichtes von der amerikanischen Regierung in den Rat der Nationen wurde durch den Berichterstatter erklärt, daß die amerikanische Armee durch das Reich instand gesetzt werde, den Rhein in volle Kraft und Stärke zu überschreiten und dabei alle Hindernisse, denen sie begegnen könne, zu überwinden.

Asquith im Kabinett Lloyd George.

Haag, 9. Juli. Nach Londoner Blättermeldungen soll Asquith und Lloyd George eine Annäherung stattgefunden haben. Es heißt, daß Asquith in das Kabinett Lloyd George eintreten werde.

Lezte Drahtberichte

des „Bildruffers Tageblattes“.

Unfeste U-Boote im Mittelmeer.

Berlin, 9. Juli. Amtlich wird gemeldet: Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: 5 Dampfer und 1 Segler von rund 15.000 Br.-Reg.-T. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Schweizer Ansichten über die Moskauer Ereignisse.

Bern, 10. Juli. (tu.) In eingeweihten diplomatischen Kreisen Berns ist man der Ansicht, daß die Moskauer Ereignisse den breiten Teil eines von dem Vierverband ausgearbeiteten politischen Feldzuges darstellen, wohl wissend, daß die amerikanische Hilfe zu spät eintreffen werde, wenn den Deutschen Zeit gelassen werde, ihren Angriffsplan im Westen zur Reife zu bringen: Da suchen die Verbündeten ihr Möglichstes, den Mittelmächten nach allen Windrichtungen Schwierigkeiten zu bereiten, die sie veranlassen sollen, von der weiteren Verfolgung der militärischen Aktion im Westen abzusehen.

Zur Ermordung des Grafen Mirbach.

Lugano, 10. Juli. (tu.) Albert Thomas erklärte der „Humanität“: Die Ermordung Mirbachs rechtfertigt sich völkerrechtlich vollkommen. Der Mord sei ein Beweis, daß es in Rußland noch Kräfte gebe, die Deutschland bekämpfen wollen. Nachdem gestern die Pariser Presse die Ermordung Mirbachs einmütig mit großer Sympathie begrüßt hatte, erklärten heute sämtliche Blätter, darunter auch der Petit Parisien, Mirbach sei ermordet worden, um den Deutschen einen Vorswand zur Besetzung Moskaus zu geben.

Das belgische Königspaar in London.

Amsterdam, 10. Juli. (tu.) Der König und die Königin von Belgien sind in London angekommen. In einem Leitartikel, betitelt „Ein zählbarer König“, begrüßt die Times das belgische Königspaar.

Die Herstellung von Karbid und Kalkstickstoff.

Das Karbid, vom Chemiker Kalziumkarbid genannt, ist ein Schmelzergzeugnis von Kalk und Kohle, das durch Zuführung von Stickstoff in Kalkstickstoff verwandelt werden kann. Die Karbidherstellung erfolgt in elektrischen Öfen, die nichts anderes sind als Bogenlampen von außergewöhnlicher Größe. Der Boden und die Innenwände dieser Öfen bestehen aus fräsierten Eisenplatten, die zum Schutze gegen die starke Hitze ein feuerbeständiges Futter aus

Kohlenstoff erhalten. Die von obenher in den Ofenraum hineintragenden, als Elektroden dienenden Kohlenstäbe sind gewöhnlich vierkantig, 1 bis 1 1/2 Meter lang und 30 bis 40 Zentimeter breit und dick. In diesen Öfen wird Aezkalk, den man in besonderen Kalköfen aus Kalkstein gewinnt, im Gemenge mit zerkleinerter Anthrazitkohle oder mit Kleinkohls eingelegt und dann der elektrische Strom eingeschaltet. Der zwischen den Enden der Kohlenstäbe überfliegende flammenbogen erzeugt eine Hitze von 4000 Grad und bringt Kalk und Kohle in Schmelzschmelz, bei der beide sich zu Karbid vereinigen.

Ist die Ofenfüllung fertig, so wird sie durch Aufkippen des beweglichen Ofenbodens in untergestellte eiserne Wagen entleert und sofort durch eine neue Füllung wieder ersetzt. Mittels der Abfuhrwagen gelangt das Karbid zu einem Brech- und Mahlwerk, um hier nach dem Erkalten zerklüftet und dann nach der Korngröße in verschiedene Sorten eingeteilt zu werden, welche als fertige Ware in den Handel kommen. Die feineren Körnungen werden vorwiegend zur Azetylenherstellung für kleinere Zimmer-, Hand- und Fahrradlampen sowie für kleine Azetylenlaserstoffschnid- und Schweißwerkzeuge benutzt, die größeren dienen zu gleichen Zwecken für Kraftwagen- und sonstige Laternen, für ortsfeste Beleuchtungsanlagen und für größere Schnid- und Schweißwerkzeuge. Außerdem wird Karbid aber auch noch zu manchen anderen Zwecken benutzt.

Das zur Erzeugung von Kalkstickstoff bestimmte Karbid wird fein gemahlen. Diese Arbeit erfolgt in sauerstoffarmer Luft, da sonst das feine Karbidpulver zur Entzündung gelangen und heftige Explosionen hervorrufen kann. Das gemahlene Karbid wird in luftdicht abgeschlossene Kammern gebracht und hier mittels Elektrizität oder Generator- bzw. Knallgas erhitzt. Ist die Hitze bis auf 1000 Grad gesteigert, so verbindet sich das Karbid mit dem dann beständig zugeleiteten Stickstoff, von welchem es etwa ein Fünftel seines eigenen Gewichts aufnimmt. Ist dieser Sättigungsgrad erreicht, was einige Stunden dauert, so ist der Kalkstickstoff fertig. Man läßt ihn dann erkalten und mahlt ihn zu seinem Pulver, das als fertiger Düngstoff auf den Acker gebracht werden kann. Dies geschieht aber nur auf stark verunkrautetem und stark von Gegendich verseuchtem Boden, in welchem Fall das Dünge mittel gleichzeitig das Unkraut vernichtet.

Zumeist wird der rohe Kalkstickstoff noch weiteren Arbeitsvorgängen unterworfen, um ihn fester zu gestalten und seine ätzenden Eigenschaften abzustumpfen. Zu diesem Zweck wird das Kalkstickstoffpulver mit Wasser und Öl vermischt und mit diesen zu einem steifen Brei angemengt. Dieser geht durch eine Reihe übereinander angeordneter Rührwerke, die ihn gründlich bearbeiten, bis er aus dem untersten als gummiartige fertige Ware herauskommt. Durch das Wasser wird der in der Masse enthaltene freie Aezkalk abgelöst und so dessen zerstörerischer Einfluß auf die Pflanzen aufgehoben. Das Öl wirkt verdeckend, indem es die einzelnen Stoffteilchen des wasserlöslichen Kalkstickstoffpulvers umgibt. Der Stickstoffgehalt des fertigen Düngemittels wird durch dieses Veredelungsverfahren allerdings von 20 auf 15 bis 17 v. H. vermindert. Das bedingt aber keinen Verlust, da von dem einzig als Düngemittel in Betracht kommenden Stickstoff nichts verloren geht. Dieser verteilt sich nur auf eine durch den Wasser- und Ölzufuhr vergrößerte Masse, aus der er im Erdboden aber mindestens ebensoviel und vollständig in die Pflanze übergeht wie sonst, während andererseits die ungünstigen Einwirkungen der Aufsaugungsmasse aufgehoben oder doch wesentlich gemildert werden.

Der zur Kalkstickstoffherstellung erforderliche freie Stickstoff wird zumeist nach dem Verfahren von Linde gewonnen, indem man Luft unter starkem Druck und weitgehender Abkühlung verflüssigt, um sie dann plötzlich wieder zu entspannen. Durch mehrfachen Wiederholen dieses Vorganges trennen sich die beiden Hauptbestandteile der Luft, Sauerstoff und Stickstoff, voneinander, und können jeder für sich aufgefangen werden. Der freigewordene Stickstoff geht entweder sofort in die Kalkstickstoffkammern über, um hier von deren stark erhitzter Karbidbildung aufgesogen zu werden, oder man füllt ihn behufs späterer Verwendung in Stahlflaschen. In solche preßt man auch den gleichzeitig gewonnenen Sauerstoff, der zu den verschiedensten Zwecken, und zwar vor allem zur Belebung der flammenden von Schnid- und Schweißbrennern sowie von sonstigen Heizungen vielfach gebraucht wird.

Nah und fern.

Sammet Laubheu. Durch das Sammeln des Laubheues und der jungen Triebe können, sollen und müssen Millionen von Bommern neuen Futters beschaffen werden. Nach den auf Grund eingehender wissenschaftlicher Versuche beruhenden Feststellungen ergibt die Verarbeitung des Laubheues unter Zufuhr geeigneter Nährstoffe einen vollen Ertrag für Haser. Der Segen der deutschen Organisation wird sich auch auf diesem Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit Ausdruck und Erfolg verschaffen. In eingehender Beratung aller zuständigen Reichs- und Staatszentralbehörden unter Mitwirkung der Fachorgane der Heeresverwaltung sind alle Fragen der Organisation endgültig beraten und die Richtlinien festgelegt worden. Das Preussische Kriegsamt hat über ganz Deutschland — bis auf Bayern, wo eine eigene bayerische Organisation Platz greift — durch die Kriegswirtschaftsstellen und Kriegswirtschaftsstellen bis in die kleinsten Orte hinein Ortskommissionen errichtet, die das Einsammeln des Laubheues und der jungen Triebe, insbesondere durch die

Schulgemeinschaft zu bewirken haben und von den Behörden mit genau festgelegten Richtlinien versehen sind. Zum Ernten des Laubheues werden geeignete Rechen (Sarken) kostenlos zur Verfügung gestellt, die ein Herunterholen des Laubes auch von den Bäumen ermöglichen. Zum Weiterverarbeiten des vorgetrockneten Laubheues werden unentgeltlich Pressen geliefert, deren sachmännlich vorgeprüfte Bauart eine durchaus leichte Bedienung mit der Hand gestattet und keinerlei Schwierigkeiten bei der Aufstellung und Montage erfordert. Jeder, der an dem großen Werk mitarbeiten will, wende sich an den zuständigen Ortskommissionär, der an Ort und Stelle bekannt ist oder in jedem Fall durch den Gemeindevorsteher in Erfahrung zu bringen ist.

Fahrtverminderung für Kriegsbekämpfte. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen haben, was nicht allgemein bekannt ist, die Vereinbarung getroffen, Kriegsbekämpften die Schnellzugergänzungsbahnen, die das Reisen in Schnellzügen um das Doppelte verteuert, zu ermässigen, soweit sie in die Fürsorge einer öffentlichen oder behördlich anerkannten Organisation für Kriegsbekämpfte aufgenommen sind. In Betracht kommen dabei Reize von dem Wohn- oder Aufenthaltsort des Kriegsbekämpften zur Behandlung durch Fachärzte, zur Unterbringung in Heil- oder Ausbildungsanstalten, zum Besuch von Kurorten oder Ausbildungslehrgängen für Kriegsbekämpfte, zu den von der amtlichen bürgerlichen Kriegsbekämpftenfürsorge oder von Gewerkschaften eingerichteten Beratungsstellen und zum Arbeitsbesuch zwecks Vorstellung. Ferner zum Stellenantritt. Braucht der Kriegsbekämpfte einen Begleiter, so wird diesem für die Hin- und Rückfahrt die gleiche Ermässigung gewährt. Erforderlich ist, daß sich die Kriegsbekämpften mit den nötigen Ausweisern ausweisen.

Postkreditbriefe. Es wird wiederholt auf die Einrichtung der Postkreditbriefe aufmerksam gemacht, die auf Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich erleichtern und dem Besizer ermöglichen, seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches in einfachster Weise zu ergänzen. Die Bestellung eines Postkreditbriefes kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll — Höchstbetrag 3000 Mark — bei jeder Postanstalt des Deutschen Reiches erfolgen. Postkreditbühren können den Betrag auf ein für sie anzulegendes Postkreditbrief-Konto überwiesen lassen. Abbuchungen — bis zu 1000 Mark an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweiskarte oder eine der für die Abholung postlagernder Sendungen während des Krieges vorgeschriebenen Ausweispaapiere vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlartengebühr sind 50 Pf. für die Ausfertigung und 10 Pf. für jede Rückzahlung bis 100 Mark, 5 Pf. mehr für je 100 Mark bei höheren Beträgen zu entrichten.

Volks- und Kriegswirtschaft.

Entschädigung für Feierlichkeiten. Durch Bundesratsbeschluss ist die Giltigkeit der Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Januar 1918 über die Berechtigung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie bis zum 30. September 1918 verlängert worden. In der Frage, ob eine Rechtsnachfolge der Unternehmer zur Zahlung von Entschädigungen in den fraglichen Fällen besteht, hat der Bundesrat auch neuerdings nicht Stellung genommen. Die mehrfach in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß der Bundesrat eine grundsätzlich verbindende Entscheidung über die Verpflichtung der Arbeitgeber habe treffen wollen, ist nicht zutreffend. Von einer zwingenden gesetzlichen Vorschrift konnte abgesehen werden, da bei den Verhandlungen, die dem Erlass der Bestimmungen vorausgegangen sind, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugestimmt haben, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung der Bestimmungen einzusetzen zu wollen. Es darf somit erwartet werden, daß auch ohne besonderen gesetzlichen Zwang die Arbeitgeber die in der Bundesratsverordnung vorgesehene Entschädigung für Feierlichkeiten infolge Kohlenmangels zahlen, und der Zweck der Verordnung, die volle Arbeitsbereitschaft der kriegswichtigen Betriebe zu wahren, erreicht wird.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Bildruff, am 10. Juli.

Merkblatt für den 11. Juli.

Sonnenaufgang	4 ⁵¹	Mondaufgang	8 ²²
Sonnenuntergang	9 ¹⁸	Monduntergang	10 ³⁹

— Einen genügenden Abend verpricht uns heute im Saale des Goldenen Löwen die Dresdener Central-Bühne, Operetten- und Lustspielgesellschaft. Sie ist eine der vorzüglichsten Gesellschaften, die überall ein guter Ruf vorangeht. Überall, wo sie gastiert, findet sie ausverkaufte Häuser und erntet Bombenerfolge. Die Operette „Die Schule der Liebe“ bietet dem geehrten Publikum einige genussreiche Stunden, wo man die Sorgen des Alltags so recht vergessen kann. Auch den Kindern wird durch eine Nachmittagsvorstellung ein froher Nachmittag bereitet. Darum, Eltern, bereitet euren Kindern die Freude und schickt sie zur Vorstellung. Wir hoffen, daß wir uns durch ein ausverkauftes Haus dankbar zeigen und uns dadurch ein Wiederkommen der Gesellschaft und noch viele genussreiche Abende sichern.

— Die fleischlosen Wochentage werden einheitlich im ganzen Deutschen Reiche zu der gleichen Zeit durchgeführt, und zwar vom 19. bis 25. August, vom 9. bis 15. September, vom 30. September bis 6. Oktober und vom 21. Oktober bis 27. Oktober. Die ausfallende Gewichtsmenge Fleisch wird in Mehl geliefert. Die fleischlose, d. h. die in den einzelnen Orten sonst verteilte Menge, wird einheitlich im ganzen Deutschen Reiche um 50 Gramm gefürzt.

— Sächsische Lehrer auf dem Felde der Ehre gefallen. Von Lehrern, die auf sächsischen Seminaren



Die deutsche Ehre ist unser Ziel! — Im Reich, die alle Wege führen!

vorgebildet sind, fielen bisher in diesem Weltkriege 1624. Davon hatten 1074 bereits als Lehrer an Volksschulen amtiert, 288 waren Schulamtskandidaten und 174 noch Seminaristen gewesen, als sie zur Fahne gerufen worden oder freiwillig ins Heer eingetreten waren.

Eine Mitteilung der Dresdener Handelskammer über bargeldlose Frachtzahlung bei der Eisenbahn besagt folgendes: Verschiedene bezirkseingetragene Firmen hatten darüber Klage geführt, daß die sächsische Staatsbahn den bargeldlosen Zahlungsverkehr nicht in der wünschenswerten Weise unterstütze und z. B. die bargeldlose Frachtzahlung verweigere. Die Kammer konnte sich diesen Ausführungen nicht anschließen, betonte vielmehr den Beteiligten gegenüber, daß nach ihrer Kenntnis die sächsische Staatsbahnverwaltung den bargeldlosen Zahlungsverkehr so weit wie möglich zu fördern suche. Natürlich müsse dies, und zwar namentlich für die kleineren Güterklassen seine Grenzen haben, da diesen sonst jedes bare Geld fehlen würde. Die Kammer empfahl den Beteiligten, sich bei regerem Verkehr ein Frachttundungskonto einzurichten, das viele größere Firmen unterhielten und wobei sich der Scheckverkehr bequem abwickeln ließe. Für die fristgemäße Begleichung der gestundeten Frachten sei die Ueberweisung von Konto zu Konto aus Gründen der Zeitersparnis zweckmäßig, d. h. die Ueberweisung des Zahlungsbetrages unmittelbar auf das Konto der Hauptkasse der Königl. Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen bei der Sächsischen Bank.

Beginnende Roggenernte. In den meisten Ortschaften rechts der Elbe zwischen Dresden, Radeburg, Großenhain, Elsterwerda und Riesa hat am Ende der letzten Woche der Roggenschnitt begonnen. Auf einzelnen Stellen sind die abgeernteten Felder der Wintergerste bereits wieder umgepflügt, um sie zum Anbau von Wasserrüben nochmals nutzbar zu machen.

Die durch die Zeitungen gegangene Mitteilung vom Auftreten des Kartoffelfäfers in Schiedger Flur ist, wie amtlich berichtet wird, falsch.

Niederwarttha. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittag in einem hiesigen Villengrundstück. Die 2 Jahre alte Enkelin der Frau Lippert, welche letztere mit Reinigungsarbeiten im Hause beschäftigt war, fiel in einem unbewachten Augenblick in einen Wassertrog und ertrank. Der schnell herbeigekommene Arzt, Herr Dr. med. Sängler aus Gosselwitz, konnte leider nur den eingetretenen Tod feststellen.

Dresden. Der sächsische Mühlenverband trat am Montag im Konzerthaus zu seiner ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Der Jahres- und Kassenbericht wurden glatt erledigt, ebenso die Vorstandsahlen. Hierauf schloß sich nachmittags eine stark besuchte öffentliche Versammlung, der auch zahlreiche Industrielle und Landwirte sowie Vertreter der königlichen und städtischen Behörden, der Zweiten Ständekammer, der Handels- und Gewerkekammern, der Börsen, des Landeslandwirtschaftsrates, des Landesverbandes der sächsischen Getreide- und Futtermittelhändler, des Verbandes sächsischer Industrieller, des Verbandes der Brauereien und Mälzereien Sachsens usw. bewohnten. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Mühlenbesizers Reich (Meißen), hielt Kommerzienrat Abt (München) einen Vortrag über das Thema „Uebergangswirtschaft und Wirtschaftsfragen zu den Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn“. An zweiter Stelle sprach Kommerzienrat Bauriedel (Nürnberg) über Zeitfragen der Mälzerei und die Zollverträge mit Oesterreich-Ungarn. Nach einer allgemeinen Aussprache nahm die Versammlung die nachstehende Entschliessung einstimmig an, die der sächsischen Staatsregierung überreicht werden soll: „Die heute im Dresdener Konzerthaus von zirka 500 Teilnehmern

besuchte Versammlung des sächsischen Mühlenverbandes der auch zahlreiche Landwirte beizwohnen, erblickt Bestreben einer Aufhebung der Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse und deren Veredelung bei den künftigen Verhandlungen des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn die schwerste Schädigung der von ihnen vertretenen Interessen. Ohne Schaffung einer Zwischenlinie bei den Verträgen, durch welche die müllerschen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht ungünstiger gestellt werden dürfen als durch die bestehenden Sätze, ist zund Rückgang und dann als weitere sichere Folge der zwei der wichtigsten Erwerbszweige deutscher Arbeit auszusehen. Die Volksernährung und zahlreiche betriebliche Existenzen würden damit bitter geschädigt werden. Die Versammlung bringt ihr Bestreben zum Ausdruck, daß die Vertreter der heute tagenden Interessentenvorstände um deren Lebensfrage es sich handelt, trotz der schwebenden Verhandlungen zu den Besprechungen hinzugezogen werden sind.“

Oberglerna bei Schneberg. Infolge der überraschend guten Erfolge mit den vorhandenen Kureinrichtungen des hiesigen Radiumbades und der überaus starken Nachfrage macht sich schon eine Vergrößerung des erst im Mai dieses Jahres eingerichteten bezw. eröffneten Bades notwendig. Von der Badeverwaltung wurde deshalb beschlossen, das jetzt nur 286000 Mark betragende Grundkapital um 1214000 Mark auf 2 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Mittel sollen zur Erweiterung der Badeanlagen und zur Schaffung guter Unterkunftsbedingungen Verwendung finden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Hahnke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Görtner, für den Inseratenteil: Arthur Hahnke, beide in Wilsdruff.

Ämtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 8. Juli 1918.

1093 V G 2.

Ministerium des Innern.

Bekanntmachung über Herstellung von Sauerkraut.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 23. Januar 1918 (R.G.B. S. 46) wird bestimmt:

§ 1.

Die gewerbmäßige Verarbeitung von Weißkohl zu Sauerkraut ist verboten.

Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt nicht

- 1) soweit an den Frischmärkten verbleibende Ueberhände von Weißkohl durch Einsäuern vor dem Verderb geschützt werden müssen und
- 2) soweit Weißkohl auf Grund besonderen Auftrags der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, in Berlin zur Deckung des Bedarfs von Heer und Marine zu Sauerkraut verarbeitet wird.

§ 2.

Zu widerhandlungen werden nach § 9 der erwähnten Verordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen belegt. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juli 1918 in, am 20. August 1918 außer Kraft. Berlin, am 17. Juni 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorsitzende: von Tilly.

Höchstpreise für Heidelbeeren (Blau-beeren).

Für Heidelbeeren (Blaubeeren) frei Verladestelle werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

Erzeugerhöchstpreis:	Großhandelshöchstpreis:	Kleinhandelshöchstpreis:
— 80	— 75	— 95 Mk. je Pfd.

Der Erzeugerhöchstpreis für Blaubeeren frei Verladestelle kommt dem Aufkäufer oder Händler zu, der die Beeren von den eigentlichen Pflückern aufkauft. Der Pflücker- bzw. Sammlerpreis darf diese Höhe nicht erreichen.

Die vorstehend festgesetzten Preise treten an Stelle der für Heidelbeeren mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. 6. 1918 — 1817 V G 1 — festgesetzten Preise. Die Bestimmungen der genannten Verordnung finden jedoch Anwendung. Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1918 in Kraft.

Dresden, am 8. Juli 1918.

1405 V G 1.

Ministerium des Innern.

Unter den Pferdebeständen des Stadtgutes **Voscharsky's Erben**, Dresdenerstraße Nr. 216, ist die **Räude ausgebrochen**.

Im Gehöft des **Max Seurich**, Tharandterstraße Nr. 295, ist die **Räude** erloschen.

Wilsdruff, am 9. Juli 1918.

Der Stadtrat.

2728

Kirchen-Verkauf. Donnerstag Abn. 2151—2300 je 1 Pfund.

Wilsdruff, am 10. Juli 1918.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Inseraten-Teil.

An die Schulen des Bezirkes!
Ankaufsstelle für Dürrolaub
bei **Louis Seidel**, Bahnhof Wilsdruff.
Kege Sammeltätigkeit erwünscht. Versicherungsschutz der Leiter und Kinder besteht.



Von Sonnabend den 12. d. M. ab stelle ich wieder einen Transport **Original ostfriesisches Milchvieh**

hochtragend und fruchtmelkend bei mir zum Verkauf. Auf dasselbe gewährt der Sächsische Viehhandelsverband den Landwirten 20 Prozent Ankaufsbefreiung.

Hainsberg. C. Kästner.

Güterbahnhofstraße 2. Fernsprecher: Amt Deuben 296.

NB. Habe auch eine große Auswahl

Arbeitspferde und Fohlen

zum Verkauf stehen. 2725

Achtung!
Gebrauchte Möbel, Bodenrummel, Lumpen, Knochen u. Papier lauft **Joh. Smentel**, Wilsdruff, Rosenstr. 81. 2728

Lehrmädchen
für seine Damenschneiderei gesucht. **Anna Sahre**, Dresden, Strehlener Str. 14.

Suche in der Landwirtschaft. Betätigung in schriftl. und prakt. Arbeiten zwecks Ausbildung, da ich mich später selbstständig machen will. Bin 26 Jahre alt, ledig, groß und kräftig, von Beruf Kaufmann. Ang. erb. an **E. Winkler**, Zanderode 26. Weg. Dresden.

Ein **Dienstmädchen**
für 15. August oder 1. September sucht Frau **Schulldirektor Hofmann** in Brand-Erbisdorf. Zu melden und vorzustellen bei Frau **Stadtrat Goerne** in Wilsdruff. 2718

Kaufe für Arznei-Zwecke: **Brombeer-Blätter, Brennnessel-Kraut, Feldhamillen, Gartenerdbeers, wilde Erdbeers, Himbeers, Heidelbeerblätter ohne Stengel, Sirentäschel, Kornblumen, nur die blauen Blütenblätter, Lindenblüten.**
Joh. Smentel, Wilsdruff, Rosenstraße 81. 2728

Werfet Lumpen nicht achtlos fort!

die im Haushalte, auf den Höfen, in den Schuppen, auf den Dachböden usw., selbst in den Winkeln, herumliegenden

Sammelt deshalb alles!

Verkaufet es an die richtige Ablieferungsstelle: den gewerbsmäßigen Lumpensammler. Dieser liefert alles bestimmungsgemäß an die Sortier- und Wirtschaftsstellen der Heeresverwaltung ab.

Kriegsamt.



Am 8. Juli erhielten wir die erschütternde Nachricht, daß unser herzerguter, braver, jüngster Sohn, lieber Bruder und Schwager, der Grenadier

Kurt Hauptvogel

2. Grenadier-Regiment Nr. 101, 12. Kompanie

im Alter von 20 Jahren dem schrecklichen Völkerringen zum Opfer gefallen ist. Er wurde am 29. Juni auf Patrouillengang durch Maschinengewehrfirei schwer verwundet und starb am 1. Juli in einem Feldlazarett. Auf dem Soldatenfriedhof von Bucancy ist er unter militärischen Ehren beerdigt worden.

Kesselsdorf, am 9. Juli 1918. 2724

Im tiefsten Schmerz
Familie Oswald Hauptvogel.
Ruhe sanft in Feindesland, lieber Kurt!

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist im Stadt- und Landbezirk von Haus zu Haus verbreitet, es ist das Familienblatt des Bezirkes. Anzeigen aller Art haben im „Wilsdruffer Tageblatt“ den größten Erfolg.

Ofen- und Kesselarbeiten

jeder Art, gut und sauber. 2726 **Sahre**, Dresden, Strehlener Straße 14.

Ein Hofarbeiter

wird angenommen bei 2727 **Fr. Theodor Müller.**